

# Pressemitteilung

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG  
Wahlkreisbüro Norman Paech

**WASG**  
Die Wahlalternative

**DIE LINKE. PDS**

Kreuzweg 7  
20099 Hamburg  
f: 040-43 09 70 28  
t: 040-3892164  
presse@linkspartei-hamburg.de

Hamburg, den 2. Februar 2006

## **Solidarität mit den streikenden Busfahrern im Iran**

Die aktuelle Berichterstattung konzentriert sich nahezu ausschließlich auf die Auseinandersetzungen um das iranische Atomprogramm. Schon längst ist der Iran von der internationalen Gemeinschaft weitgehend isoliert, nicht zuletzt durch die antisemitischen Ausfälle des iranischen Staatschefs Ahmadinedschad. Auch die wirtschaftlichen und militärischen Drohgebärden westlicher Politiker verschärfen die Situation. Neben der Gefahr einer militärischen Eskalation zeichnet sich ab, dass das Regime den Druck des Westens dazu benutzt, um die Unterdrückung der Opposition im eigenen Land zu verschärfen. Unterstützung der iranischen Widerstandsbewegungen ist notwendiger und dringender denn je.

Am 21. Januar wurde ein Streik iranischer Busfahrer mit brutalen Mitteln niedergeschlagen, weit über 700 Menschen wurden verhaftet. Die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe hatten die Arbeit niedergelegt, um die rechtliche Anerkennung ihrer Gewerkschaft, einen Manteltarifvertrag und die Freilassung ihres aus politischen Gründen inhaftierten Vorsitzenden durchzusetzen. Paramilitärs zwangen Fahrer daraufhin mit Waffengewalt zum Dienst, schlugen Streikwillige zusammen, inhaftierten Streikende wie auch Ehefrauen von Gewerkschaftern. 500 der Inhaftierten sind in einen Hungerstreik getreten.

Wenn die Verkehrsarbeiter am morgigen Donnerstag erneut zum Streik und zu einer Kundgebung in Teheran aufrufen, steht zu befürchten, dass das die Regierung erneut mit Gewalt antwortet. Unabhängige Gewerkschaften sind den Islamisten ebenso ein Dorn im Auge wie autonome Frauenorganisationen. Jegliche Oppositionsarbeit ist durch die systematische Isolierung der Bevölkerung von ausländischen Einflüssen, Spitzelsysteme und offenen Terror durch staatliche Institutionen erschwert.

Wir appellieren an die Bundesregierung, im Konflikt um das iranische Atomprogramm eine politische Lösung zu suchen, nicht weiter zu eskalieren und auch dadurch den Kampf der demokratischen iranischen Opposition zu erleichtern. Der Gewerkschaftsvorsitzende Mansur Ossanlou muss ebenso wie die am Samstag Inhaftierten und alle anderen politischen Gefangenen sofort freigelassen werden.

### **Für Rückfragen:**

Annette Sawatzki, Tel.: 0 40 – 28 05 65 46

Christiane Schneider, Landessprecherin der Linkspartei.PDS  
Zaman Masudi, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der WASG  
Norman Paech, Mitglied des Bundestages (Fraktion DIE LINKE)